

Die Exzellenzinitiative gilt als Ausdruck des Wandels des Wissenschaftssystems. Dieser Wandel soll auf der Basis der sozialwissenschaftlichen Institutionentheorie rekonstruiert und erklärt werden, da diese untersucht, wie politische und soziale Institutionen entstehen, wie sie die Handlungsfähigkeit von Akteuren beschränken oder erweitern und wie Institutionen sich wandeln. In diesem Kapitel werden dafür die theoretischen Grundlagen gelegt. Die Institutionentheorie versteht Institutionen grundsätzlich „als relativ auf Dauer gestellte, handlungsleitende Regeln, Strukturen und Organisationen“, die die Handlungsfähigkeit und die Entscheidungen von Akteuren strukturieren und eine stabilisierende Wirkung haben.²² Das Wissenschaftssystem kann als eine relativ auf Dauer gestellte Institution definiert werden, weil es das Handeln einer Vielzahl von Akteuren, die auf unterschiedliche Weise mit Wissenschaft befasst sind, strukturiert und anleitet. Dieses Handeln verändert sich durch wissenschaftspolitische Entscheidungen wie die Exzellenzinitiative, weil dadurch u. a. die handlungsleitenden Regeln für die Akteure im Wissenschaftssystem modifiziert werden.

-
- 22 Göhler spricht deshalb von der „stabilisierenden Leistung von Institutionen“, da sie das menschliche Zusammenleben durch die Schaffung von Erwartungssicherheit über den Einzelfall hinaus regeln, und unterscheidet zwischen sozialen Institutionen als „relativ auf Dauer gestellte, durch Internalisierung verfestigte Verhaltensmuster und Sinngebilde mit regulierender und orientierender Funktion“ und politischen Institutionen als „Regelsysteme der Herstellung und Durchführung verbindlicher Entscheidungen und Instanzen der symbolischen Darstellung von Orientierungsleistungen einer Gesellschaft“. Göhler, Gerhard (2004): Institution. In: Göhler, Gerhard/Iser, Matthias/Kerner, Ina (Hrsg.): Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 209–226, hier S. 210 und 212f. Weiterführend: Göhler, Gerhard (Hrsg.) (1994): Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie. Baden-Baden: Nomos, und Göhler, Gerhard (Hrsg.) (1996): Institutionenwandel. Leviathan-Sonderheft (16/1996). Opladen: Westdeutscher Verlag.

Als institutionentheoretische Grundlagen der Arbeit dienen die anglo-amerikanische, neo-institutionalistische Theorie und die deutschsprachige Institutionentheorie der Dresdener Schule. Um die Genese der Exzellenzinitiative und den Wandel des Wissenschaftssystems zu rekonstruieren, bedarf es für die theoretische Fundierung der empirischen Analyse jedoch noch zweier weiterer Theorieperspektiven. Dafür werden die Theorie der Deutungsmacht und die diskursanalytische Hegemonietheorie herangezogen, da diese Begriffe zur Verfügung stellen, mit denen Institutionenwandel noch präziser theoretisch modelliert werden kann. Sie werden ebenso wie die institutionentheoretischen Grundlagen in diesem Kapitel vorgestellt, um danach in Kapitel 3 in der Forschungsheuristik aufeinander bezogen und für die empirische Analyse in Kapitel 4 operationalisiert zu werden.

Kapitel 2.1 stellt mit dem Diskursiven Institutionalismus einen neo-institutionalistischen Theorieansatz zur Erklärung des Wandels von Institutionen vor, der die Rolle von Diskursen und Ideen für Institutionenwandel in den Mittelpunkt stellt. Kapitel 2.2 erläutert die instrumentelle und symbolische Dimension von Institutionen in der deutschsprachigen Institutionentheorie und den Zusammenhang von Institutionen und Macht in der Theorie der Deutungsmacht. Kapitel 2.3 stellt die diskursanalytische Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe und deren zentrale Begriffe Hegemonie und Diskurs vor und zeigt die theoretische Präzisierung und Weiterentwicklung dieser Begriffe im Konzept der „Hegemonialen Strategien“ bei Nonhoff.

2.1 Institutionen und Wandel

2.1.1 Institutionen im Neo-Institutionalismus

In der anglo-amerikanischen Theoriedebatte wurden neo-institutionalistische Ansätze ab Ende der 1970er Jahre verstärkt diskutiert.²³ Unter der Annahme, dass Institutionen wesentlich für Politik und Gesellschaft sind („Institutions matter“), wurde versucht, die Rolle von Institutionen und von Akteuren in Institutionen für politische und soziale Entscheidungen zu erklären.²⁴ Dabei bildeten sich zunächst drei Theorieansätze innerhalb des Neo-Institutionalismus heraus, die die Genese und den Wandel von Institutionen untersuchen: der Rational Choice Institutionalismus, der Historische Institutionalismus und der Soziologische (Neo-)Institutionalismus.²⁵ Diese drei Theorieansätze sollen im Folgenden kurz vorgestellt werden, um die Unterschiede in der neo-institutionalistischen Definition von Institutionen und vor allem in den Erklärungen für Institutionenwandel zu zeigen, bei denen Interessen, Pfadabhängigkeiten oder Werte und Normen als erklärende Variable dienen. Dieses ist notwendig, weil die Kritik an der Erklärungskraft dieser drei Theorieansätze Ausgangspunkt für den Vorschlag des Diskursiven Institutionalismus ist, mit Diskursen und Ideen andere Faktoren für die Erklärung von Institutionenwandel heranzuziehen.

Der *Rational Choice Institutionalismus* versteht Institutionen als Regeln, die das strategische Handeln von Akteuren im Sinne von „Spielregeln“ beschränken

23 Einen einführenden Überblick zum Neo-Institutionalismus geben Lowndes, Vivian (2010): *The Institutional Approach*. In: Marsh, David/Stoker, Gerry (Hrsg.): *Theory and Methods in Political Science*. London: Palgrave Macmillan, S. 60–79 und Kaiser, André (2009): *Die politische Theorie des Neo-Institutionalismus*: James March und Johan Olsen. In: Brodocz, André/Schaal, Gary S. (Hrsg.): *Politische Theorien der Gegenwart II. Eine Einführung*. 3., erw. und akt. Auflage. Opladen und Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, S. 313–342, Hall, Peter A./Taylor, Rosemary C. R. (1996): *Political Science and the Three New Institutionalisms*. In: *Political Studies* 44 (5), S. 936–957; Immergut, Ellen M. (1998): *The Theoretical Core of the New Institutionalism*. In: *Politics and Society* 26 (1), S. 5–34 und Schmalz-Bruns, Rainer (1990): *Neo-Institutionalismus*. In: Ellwein, Thomas (Hrsg.): *Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft*. Band 4. Baden-Baden: Nomos, S. 315–337.

24 Hall/Taylor (1996), S. 936.

25 Vgl. Hall/Taylor (1996), S. 936f. und Immergut (1998), S. 5. Die Bezeichnungen für diese drei Theorieansätze unterscheiden sich in der anglo-amerikanischen und in der deutschen Debatte, weshalb Göhler von einem „ökonomischen“, einem „politikwissenschaftlichen“ und einem „(organisations-)soziologischen“ Neo-Institutionalismus spricht, wenn er diese beschreibt. Göhler (2004), S. 215.

und als „Skript“ für politische, soziale und ökonomische Entscheidungsprozesse dienen.²⁶ Institutionen vergeben demnach bestimmte Rollen, Handlungsstrategien und Regeln für Handlungsabläufe an Akteure, in deren Rahmen diese agieren und Entscheidungen treffen. Dabei wird von rationalen Akteuren ausgegangen, die ihre individuellen oder gruppenbezogenen, mehr oder weniger stabilen politischen und ökonomischen Interessen strategisch verfolgen und zweckrational handeln, um ihre Ziele zu erreichen. Institutionen ermöglichen hier als „Koordinationsmechanismus“²⁷ überhaupt erst das Handeln von Akteuren, da sie angesichts vieler individueller Interessen Erwartungssicherheit in kollektiven Handlungssituationen wie z. B. im Parlament oder bei Wahlen schaffen, und so die Transaktionskosten für Entscheidungen senken.²⁸ Das trägt zur Stabilität von Institutionen bei. Institutionenwandel findet statt, wenn sich die (Spiel-)Regeln für das Handeln von Akteuren ändern. Innerhalb des Rational Choice Institutionalismus ist umstritten, ob diese Regeln vorgegeben sind und dadurch die Interessen der Akteure prägen oder ob sie von den Akteuren selbst geschaffen werden und an veränderte Interessen angepasst werden können.²⁹ Dieser Ansatz wird zumeist für die Analyse von strukturierten politischen Institutionen wie Parlamente, Verfassungsgerichte und Wahlsysteme, aber auch von unstrukturierten politischen Institutionen wie Normensysteme und informelle Handlungsregeln verwendet.³⁰

Im *Historischen Institutionalismus* werden Institutionen als handlungsleitende Regelstrukturen und soziale Normen verstanden, die das Handeln und die Interessen

-
- 26 Vgl. Shepsle, Kenneth A. (2006): Rational Choice Institutionalism. In: Rhodes, R.A.W./ Binder, Sarah A./Rockman, Bert A. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Political Institutions*. Oxford: Oxford University Press, S. 23–38, hier S. 24, North, Douglass C. (1990): *Institutions, Institutional Change, and Economic Performance*. New York: Cambridge University Press, hier S. 3, sowie Weingast, Barry R. (1996): *Political Institutions: Rational Choice Perspectives*. In: Goodin, Robert E./Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): *A New Handbook of Political Science*. Oxford: Oxford University Press, S. 167–190.
 - 27 Thelen, Kathleen (1999): Historical Institutionalism in Comparative Politics. In: *Annual Review of Political Science* 2, S. 369–404, hier S. 369.
 - 28 Vgl. Kaiser (2009), S. 322. Institutionen schaffen als koordinierende „Spielregeln“ laut Shepsle ein Gleichgewicht zwischen den handelnden Akteuren („*equilibrium*“). Vgl. Shepsle (2006), S. 25 und ausführlich Shepsle, Kenneth A. (1986): *Institutional equilibrium and equilibrium institutions*. In: Weisberg, H. (Hrsg.): *Political Science: The Science of Politics*. New York: Agathon, S. 51–81.
 - 29 Vgl. Shepsle (2006), S. 25.
 - 30 Beispielhaft dafür sind Shepsle (2006) und Shepsle, Kenneth A./Weingast, Barry R. (1987): *The Institutional Foundations of Committee Power*. In: *American Political Science Review* 81, S. 85–104.

von Akteuren beschränken und die sich über lange Zeiträume hinweg entwickeln.³¹ Um das Handeln von Akteuren innerhalb dieser historisch gewachsenen Strukturen zu erklären, werden hier anstelle der „Momentaufnahmen“ von Institutionen im Rational Choice Institutionalismus die historische Entwicklung und der politische und soziale Hintergrund ihrer Entstehung berücksichtigt.³² Dadurch gerät in den Blick, dass die Entwicklung von Institutionen durch langfristige Pfadabhängigkeiten geprägt ist, was wiederum Einfluss auf die Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten von politischen und sozialen Akteuren hat und diese beschränken kann.³³ Der Wandel von Institutionen, hier verstanden als Entwicklungs- bzw. Evolutionsprozess, findet demnach vor allem durch inkrementelle Anpassung sowie durch kumulative Änderungen auf dem institutionellen Pfad statt und nur selten durch „exogene Schocks“ wie z. B. Krisen oder außergewöhnliche politische oder soziale Ereignisse.³⁴ Da der Historische Institutionalismus die Entstehung und die inkrementelle Veränderung von Institutionen gut erklären kann, dient er in v. a. zur vergleichenden Analyse von nationalen Wohlfahrtsstaaten, Bildungssystemen, Parteien und Gewerkschaften.³⁵

Der dritte neo-institutionalistische Ansatz, der *Soziologische (Neo-) Institutionalismus*, versteht Institutionen in einem sehr weiten Institutionenbegriff als kulturell und sozial konstruierte Normen, Werte und *belief systems*, die prägend

-
- 31 Einführend dazu Sanders, Elizabeth (2006): Historical Institutionalism. In: R.A.W Rhodes, R.A.W./Binder, Sarah A./Rockman, Bert A. (Hrsg.): The Oxford Handbook of Political Institutions. Oxford: Oxford University Press, S. 39–55, hier S. 39 sowie Thelen (1999).
 - 32 Zu den theoretischen Grundlagen und zur Erklärung der Entwicklung bzw. der Evolution von Institutionen vgl. Thelen, Kathleen (2002): How Institutions Evolve. Insights from Comparative Historical Analysis. In: Mahoney, James/Rueschemeyer, Dietrich (Hrsg.): Comparative Historical Analysis in the Social Sciences. New York: Cambridge University Press, S. 208–240, sowie besonders Kapitel 5 in Pierson, Paul (2004): Politics in Time: History, Institutions and Social Analysis. Princeton: Princeton Univ. Press, hier S. 133–166.
 - 33 Zum Konzept der Pfadabhängigkeit vgl. Pierson, Paul (2000): Increasing returns, path dependence, and the study of politics. In: *American Political Science Review* 94 (2), S. 251–266.
 - 34 Vgl. Thelen (2006), S. 400f.
 - 35 Beispielhaft dafür: Skocpol, Theda (1992): Protecting Soldiers and Mothers: The Political Origins of Social Policy in the United States. Boston: Belknap Press; Thelen, Kathleen (2004): How Institutions Evolve: The Political Economy of Skills in Germany, Britain, the United States and Japan. New York: Cambridge University Press sowie Pierson, Paul (2007): Die politische Transformation des amerikanischen Gesellschaftsvertrags. In: *Transit: europäische Revue* (32), S. 114–136.

für die normativen und kognitiven Präferenzen von Akteuren und damit für deren Wahrnehmung der Wirklichkeit sind.³⁶ Demnach bestimmen Institutionen als ein gemeinsam geteiltes Verständnis von Welt das Handeln von Akteuren, „weil sie gelebt werden und weil nach ihnen gelebt wird“.³⁷ Im Gegensatz zu Rational Choice Ansätzen mit dem Fokus auf das individuelle Handeln von Akteuren interessiert sich der Soziologische Neo-Institutionalismus besonders für langfristige kulturelle und institutionelle Veränderungen in Gesellschaften und für kulturelle Skripte für Handlungen von Akteuren in Organisationen.³⁸ Meyer geht davon aus, dass Organisationen zwar im Sinne einer „Hülle“ kommen und gehen, emergente institutionelle Formen aber dennoch „isomorph“ zueinander sind, d. h. einer ähnlichen Logik folgen wie bereits vorhandene Institutionen, weil es „immer schon“ eine bestimmte kulturelle Vorstellung bzw. „Vorlage“ davon gibt. Er spricht deshalb auch von einer institutionellen „Weltkultur“, in die das Handeln von nationalen Akteuren und Organisationen eingebettet ist.³⁹ March und Olsen haben demgegenüber die entlastende Funktion von Institutionen betont. Diese schaffen Erwartungssicherheit, indem sie Verhaltensregeln und Handlungslogiken für Akteure in Entscheidungssituationen (z. B. im politischen Prozess) zur Verfügung stellen.⁴⁰ Ausgehend von ihrem *garbage can*-Modell für Entscheidungen, nach dem Organisationen als organisierte Anarchien

-
- 36 Einführend dazu: Jepperson, Ronald L. (1991): Institutions, Institutional Effects, and Institutionalism. In: Powell, Walter W./DiMaggio, Paul J. (Hrsg.): *The New Institutionalism in Organizational Analysis*. Chicago: Chicago University Press, S. 143–163 und Hasse, Raimund/Krücken, Georg (2009): Neo-institutionalistische Theorie. In: Kneer, Georg/Schroer, Markus (Hrsg.): *Handbuch soziologische Theorien*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 237–251. Umfassende Darstellungen finden sich bei Jepperson, Ronald L. (2002): *The Development and Application of Sociological Neoinstitutionalism*. In: Berger, Joseph/Zelditch, Morris (Hrsg.): *New Directions in Contemporary Sociological Theory*. Lanham: Rowman and Littlefield, S. 229–266, hier besonders S. 229ff., und Hasse, Raimund/Krücken, Georg (2005): *Neo-Institutionalismus*. 2., grundlegend erw. und überarb. Auflage. Bielefeld: Transcript.
- 37 Jepperson (1991), S. 149.
- 38 Jepperson (2002), S. 229. Grundlegend dafür sind Meyer, John W. (1977): *The Effects of Education as an Institution*. In: *American Journal of Sociology* 83 (1), S. 55–77, und Meyer, John W./Rowan, Briann (1977): *Institutionalized Organizations. Formal Structure as Myth and Ceremony*. In: *American Journal of Sociology* 83 (2), S. 340–363. Vgl. Göhler (2004), S. 216f.
- 39 Meyer, John (2005): *Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- 40 Vgl. Kaiser (2009), S. 318f. bezogen auf March, James G./Olsen, Johan P. (1984): *The New Institutionalism: Organizational Factors in Political Life*. In: *American Political Science Review* 78 (3), S. 734–749, und March, James G./Olsen, Johan P. (1989): *Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics*. New York: Free Press.

beim Auftreten von Problemen auf bereits vorhandene, aber bislang ungenutzte Lösungen für Probleme zurückgreifen, argumentieren sie, dass Akteure ihr Handeln in Entscheidungssituationen variieren und an veränderte Kontextbedingungen anpassen.⁴¹ Institutionenwandel findet demnach durch inkrementelle, nicht unbedingt intendierte Veränderungen im Handeln von Akteuren innerhalb von Institutionen statt, wobei dieses von den Akteuren zumeist nachträglich rationalisiert und als Reform der Institution beschrieben wird.⁴² Der Soziologische Institutionalismus kann aufgrund seines Institutionenbegriffs und der Isomorphismus-These erklären, wie sich nationale Werte, Normen und Traditionen an neue weltkulturelle Kontextbedingungen durch eine Institutionalisierung ‚von außen‘ anpassen, und wird deshalb häufig in der Organisationsforschung und in der Forschung über Bildungssysteme und Hochschulen angewendet.⁴³

2.1.2 Der Diskursive Institutionalismus

Die drei „klassischen“ neo-institutionalistischen Theorien sind jüngst durch einen neuen neo-institutionalistischen Ansatz, den *Diskursiven Institutionalismus*, in die Kritik geraten.⁴⁴ Dieser Ansatz bemängelt, dass die drei etablierten Ansätze den Wandel von Institutionen nur unzureichend erklären könnten, da sie dafür zumeist

41 Cohen, Michael D./March, James G./Olsen, Johan P. (1972): A Garbage Can Model of Organizational Choice. In: *Administrative Science Quarterly* 17 (1), S. 1–25. Vgl. Kaiser (2009), S. 319f.

42 Ebd.

43 Beispielhaft dafür ist Krücken, Georg/Kosmützky, Anna/Torka, Mark (Hrsg.) (2007): *Towards a Multiversity? Universities between Global Trends and National Traditions*. Bielefeld: Transcript.

44 Der Diskursive Institutionalismus wird von einigen Autoren auch als „Constructivist Institutionalism“ bezeichnet, vgl. Hay, Colin (2006): Constructivist Institutionalism. In: Rhodes, R.A.W./Binder, Sarah A./Rockman, Bert A. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Political Institutions*. Oxford: Oxford University Press, S. 56–74. Grundlegend für den Ansatz: Schmidt, Vivien A. (2010): *Taking Ideas and Discourse Seriously: Explaining Change Through Discursive Institutionalism as the Fourth ‘New institutionalism’*. In: *European Political Science Review* 2 (1), S. 1–25, mit Verweis auf frühere Ausführungen in Schmidt, Vivien A. (2008): Discursive Institutionalism. The Explanatory Power of Ideas and Discourse. In: *Annual Review of Political Science* 11, S. 303–326, sowie Schmidt, Vivien A. (2007): *Bringing the state back into the varieties of Capitalism and discourse back into the explanation of change*. Boston (Center for European Studies Working Paper Series 152) und Schmidt, Vivien A./Radaelli, Claudio M. (2004): *Policy Change and Discourse in Europe. Conceptual and Methodological Issues*. In: *West European Politics* 27 (2), S. 183–210.

auf „exogene Schocks“ rekurren würden.⁴⁵ Diese könnten zwar grundsätzlich Auslöser für Wandel sein, seien jedoch als alleiniger Erklärungsfaktor nicht ausreichend. Den drei Ansätzen sei daher, obwohl sie den Zusammenhang zwischen Institutionen und dem Handeln von Akteuren jeweils unterschiedlich konzipieren, gemeinsam, dass sie die Stabilität von Institutionen besser erklären könnten als deren Wandel. Als Grund für die mangelnde Erklärungskraft wird gesehen, dass diese Ansätze das Handeln von Akteuren innerhalb von Institutionen nicht ausreichend berücksichtigten, weil sie Institutionen primär als regelhafte Beschränkungen für das Handeln von Akteuren verstehen würden.⁴⁶ Vernachlässigt wird hier, dass der Historische Institutionalismus und auch der Soziologische (Neo-)Institutionalismus durchaus davon ausgehen, dass sich Institutionen im Verlauf der Zeit inkrementell verändern können.⁴⁷

Ziel des Diskursiven Institutionalismus ist es, durch den Fokus auf das Handeln von Akteuren innerhalb von Institutionen „endogene“ Erklärungen für Wandel zu geben.⁴⁸ Deshalb werden Diskurse und Ideen als Erklärungsfaktoren herangezogen.⁴⁹ Der Grund dafür findet sich in der Genese und dem starken empirischen Bezug des Ansatzes. Schmidt hielt die bis dato herangezogenen Variablen für die Erklärung von Institutionenwandel in der EU und in den EU-Mitgliedsstaaten im Kontext der europäischen Integration nicht für ausreichend (u. a. externer oder interner Druck der EU auf die Mitgliedsstaaten, die Anpassung nationaler Regelungen an EU-Vorgaben oder die Präferenzen einzelner wichtiger Akteure).⁵⁰ In verschiedenen

45 Schmidt (2008), S. 314 und Schmidt (2010), S. 21. Innerhalb des Neo-Institutionalismus ist seit jeher umstritten, welcher Ansatz empirische Probleme besser erklären kann. Vgl. Thelen (1999), S. 372.

46 Schmidt kritisiert, das „institutional rules about acting in the world serve mainly as constraints, whether by way of RI's incentives that structure action, HI's paths that shape action, or SI's norms that frame action. [...] But if everyone follows rules, once established, how do we explain institutional change? And how do we explain agency? RI, HI and SI effectively leave us with 'unthinking' actors who are in an important sense not agents at all. This subordination of agency (action) to structure (rules) is the key problem [...]“ Schmidt (2008), S. 314.

47 Vgl. dazu Thelen (1999), Pierson (2004) und Cohen/March/Olsen (1972).

48 Schmidt (2010), S. 2.

49 Ebd.

50 Vgl. Schmidt, Vivien A. (2002): Does Discourse Matter in the Politics of Welfare State Adjustment? In: *Comparative Political Studies* 35, S. 168–193; Schmidt/Radaelli (2004), Schmidt (2007) und Schmidt, Vivien A. (2007): Die Bedeutung des öffentlichen Diskurses für sozialdemokratische Reformvorhaben in Europa. In: Becker, Franz/Duffek, Karl/Mörschel, Tobias (Hrsg.): Sozialdemokratische Reformpolitik und Öffentlichkeit. Wiesbaden: VS Verlag, S. 11–40.

Studien zeigte sie, dass sich policy-Wandel in der EU seit Mitte der 1980er Jahre im Rückgriff auf Ideen und Diskurse besser erklären lässt. Ihr zentrales Argument war, dass auf der europäischen Ebene angestoßene große politische Veränderungsprozesse und policy-Reformen, z. B. in der wohlfahrtsstaatlichen Politik, einen legitimierenden nationalen Diskurs in den Mitgliedsstaaten brauchen, um von den dortigen Bürgern akzeptiert zu werden.⁵¹ In den EU-Mitgliedsstaaten sind dabei nicht nur signifikante Unterschiede zwischen den öffentlichen Diskursen und den jeweils am Diskurs beteiligten politischen Eliten festzustellen, sondern auch zwischen den jeweils von den Politikern verwendeten Argumenten für ökonomische Anpassungen und institutionelle Reformen.⁵² Für Schmidt war damit der empirische „Anlass“ gegeben, mit dem Diskursiven Institutionalismus eine Theorie zu entwickeln, die Diskurse und Ideen als Erklärungsfaktoren berücksichtigt.

Der Diskursive Institutionalismus knüpft mit seiner Kritik an den etablierten Ansätzen an eine umfangreiche Debatte in der neo-institutionalistischen Theorie in den 1990er Jahren an. Darin wurde statt der Abgrenzung ein stärkerer Austausch zwischen den etablierten Ansätzen gefordert, um trotz unterschiedlicher Grundannahmen und Begriffe zu präziseren Aussagen über die Handlungsmöglichkeiten von Akteuren in Institutionen zu kommen und um empirische Probleme besser zu erklären.⁵³ Hay und Wincott forderten angesichts der „Schwächen“ der vorhandenen Ansätze bei der Erklärung von Institutionenwandel einen völlig neuen Ansatz, was von Hall und Taylor als „search for an alchemist’s stone“ zurückgewiesen wurde.⁵⁴

51 Schmidt argumentiert, dass „for most EU member states, European policy initiatives represented the most significant ‘external event’ or challenge to national policy programmes and discourses.“, Schmidt/Radaelli (2004), S. 202.

52 Schmidt fand beispielsweise große Unterschiede zwischen dem deutschen, dem französischen und dem britischen öffentlichen Diskurs zur Legitimation von wohlfahrtsstaatlichen Reformen, da hier Globalisierung und Europäisierung jeweils auf ganz unterschiedliche Weise als Begründung verwendet wurde, um ein verändertes Verständnis für die Wirtschaftsordnung und den Wohlfahrtsstaat bei den Bürgern zu befördern. Schmidt/Radaelli (2004) und Schmidt (2007).

53 Hall/Taylor (1996), S. 955-957; Kaiser (2009), S. 323-329 und Thelen (1999), S. 369-371 und 379-381.

54 Die Debatte umreißen Hall/Taylor (1996); Hay, Colin/Wincott, Daniel (1998): Structure, Agency and Historical Institutionalism. In: *Political Studies* 46 (5), S. 951–957, und Hall, Peter A./Taylor, Rosemary (1998): The Potential of Historical Institutionalism: A Response to Hay and Wincott. In: *Political Studies* 46 (5), S. 958–962, hier S. 960: „What they offer us reads more like a wish list than a fully specified theory, though it is a good wish list.“ Besondere Aufmerksamkeit in der Debatte bekam deshalb u. a. eine Studie von Putnam über die Demokratie und das zivilgesellschaftliche Engagement in Italien, weil darin im Rückgriff sowohl auf institutionelle Spielregeln als auch auf kulturell

Diese Debatte aufgreifend, ist es das Ziel des Diskursiven Institutionalismus, einen solchen „neuen“ theoretischen Ansatz zur Erklärung von Institutionenwandel vorzulegen. Enthalten soll dieser

„a more robust conception of the role that agency play in political outcomes, a greater recognition that agents and institutional structures are mutually constitutive, and a better articulation of how this mutual constitution happens and how it generates institutional change“.⁵⁵

Dem Diskursiven Institutionalismus zufolge müssen dafür Diskurse als Erklärungsfaktor berücksichtigt werden:

“Discourse can serve to bridge the gap between institutional and actor-centred analysis, that is, between structure and agency. After all, if the structure changes – as the hypothesis of institutional development argues – there must be some political processes through which specific actors have modified the structure. In political life at least, structures are not metaphysical. Discourse is central because it assists in the attempt to integrate structure and agency – and thus to explain the dynamics of change. Discourse is fundamental both in giving shape to new institutional structures, as a set of ideas about new rules, values and practices, and as a resource used by entrepreneurial actors to produce and legitimate those ideas, as a process of interaction focused on policy formulation and communication.”⁵⁶

Die Überlegung, Diskurse auf diese Weise als Erklärungsfaktor zu verwenden, greift eine weitere Debatte in der Institutionentheorie über das Verhältnis von Ideen und Institutionen auf.⁵⁷ Der Diskursive Institutionalismus führt mit den beiden

geprägte Entscheidungsstile die Funktionsweise von Institutionen und das Handeln von Akteuren in Institutionen umfassender als bisher mit mehreren Faktoren erklärt werden konnte. Vgl. Putnam, Robert (1993): *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton: Princeton Univ. Press. und die Hinweise bei Hall/Taylor (1996), S. 956 und Kaiser (2009), S. 325f.

55 Hall/Taylor (1998); S. 960.

56 Schmidt (2004), S. 192.

57 Vgl. Schmidt/Radelli (2004), S. 195: “The more positivist approaches see ideas as representing the necessary conditions for collective action, by serving to redefine economic interest and to reconfigure interest-based political coalitions [...]. The more constructivist approaches instead see ideas as constituting the policy narratives, discourses and frames of reference which serve to (re)construct actors’ understandings of interests and redirect their actions within institutions [...]. For yet others, however, whether situated more towards the positivist or constructivist end of the continuum, ideas reflect the national identities, values, norms and collective memories that serve to shape the incentive-based push of interests or the path-dependent pull of institutions [...]” Schmidts

Die Exzellenzinitiative

Deutungsmacht und Wandel im Wissenschaftssystem

Lenzen, D.

2015, VI, 397 S. 12 Abb., 2 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-10543-3